

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 177. und 178. Ratssitzung vom 19. Juni 2013

4043. 2013/82

Weisung vom 13.03.2013:

Rechnung 2012 (Verwaltungsrechnung mit Anhang), Genehmigung

Antrag des Stadtrats

1. Die Verwaltungsrechnung 2012 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2012 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 231 642.40 wird – gestützt auf Art. 6 Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
3. Die Rechnung 2012 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2012 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird genehmigt.
5. Die Rechnung 2012 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 10. Juni 2013

Eintretensdebatte:

Roger Liebi (SVP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2012 vor: *Der Aufwand im Jahr 2012 beträgt 8,33 Milliarden Franken, der Ertrag 8,298 Milliarden Franken. Das ergibt einen Aufwandüberschuss von 33,1 Millionen Franken statt der budgetierten 60,4 Millionen Franken. Das bessere Ergebnis ist vor allem auf tiefere Ausgaben beim Personalaufwand zurückzuführen, die hauptsächlich aus den 283,5 nicht besetzten Stellenprozenten resultierten. Ebenfalls ein Grund war die negative Teuerungsentwicklung. Auch bei der Aus- und Weiterbildung wurde weniger ausgegeben als budgetiert. Andererseits gab es einige Mehrerträge, so zum Beispiel durch die vollständige oder teilweise Auflösung von Reserven. Die Steuereinnahmen befinden sich auf Rekordhöhe. Zu den Investitionen: Der Investitionsplafond von 850 Millionen Franken wurde über einen gewissen Zeitraum eingehalten. Die Gemeindebetriebe hatten einen guten Abschluss. Bei der Bilanz kann man auf die Aktiven hinweisen: Das Finanzvermögen stieg auf 5,15 Milliarden Franken an, das Verwaltungsvermögen auf 7,16 Milliarden Franken. Dieser Zuwachs zeigt die Aufwertungsmassnahmen für die Stadtspitäler sowie die konstante Investitionstätigkeit an. Das Fremdkapital stieg auf 9,2 Milliarden Franken an. Trotz des Aufwandüberschusses konnte das Eigenkapital um 8,7 Millionen Franken erhöht werden. Zu den einzelnen Geschäften: Teilweise gab es beim Lohnaufwand erhebliche Budgetabweichungen. Bei künftigen Budgetierungen sollte stärker auf Ziele als auf*

Wunschwerte geachtet werden. Die RPK begrüsst die Anstrengungen der Personalabteilung, in die Richtung einer präziseren Budgetierung zu gehen. Ein zweiter Punkt: Die Neuregelung der Pflegefinanzierung führt zu Unwägbarkeiten in der städtischen Rechnung. Stadt und Kanton sollten Lösungen für eine verlässliche und angemessene Kalkulationsbasis erarbeiten. Die RPK hat sich auch mit dem Freien Kredit des Stadtrats beschäftigt. Dieser wurde für geheim erklärt. Die RPK kann das nicht nachvollziehen. Aus- und Weiterbildung sind Eckpfeiler, diese Bereiche wurden nicht voll ausgeschöpft. Wir sehen Potenzial, das Weiterbildungsangebot der Angestellten mit den betrieblichen Bedürfnissen der Stadt zu koordinieren. Dann könnten auch Kosten und Planbarkeit optimiert werden. Schul- und Sportdepartement: Wir erwarten von diesem Departement angesichts der zunehmenden Kostenblöcke rasche und griffige Massnahmen bezüglich Budgetierung und Controlling. Die RPK ist auch enttäuscht, dass die Erwägungen, die sie nach der Fussball-Europameisterschaft 2008 zu den Eigenleistungen machte, nun bei den Leichtathletik-Europameisterschaften bereits wieder übergangen wurden. Vom Gemeinderat wird nämlich verlangt, dass er über eine Weisung zusätzliche Geldmittel absegnen soll. Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Zum Darlehen Kongresshausstiftung: Das Darlehen wurde von 2 auf 4 Millionen Franken erhöht. Gleichzeitig folgte eine Vereinheitlichung der Zinsen. Der Gemeinderat hätte miteinbezogen werden müssen. Hochbaudepartement, Personalwerbung: Der Gemeinderat hatte die zusätzlichen Kosten für die Ausschreibung und das Assessment einer Direktionsstelle beim Amt für Baubewilligungen in den Zusatzkrediten zum Budget 2012 abgelehnt. Trotzdem wurde die Ausgabe getätigt. Die RPK ist empört über die bewusste Missachtung des Gemeinderatsbeschlusses. Ausblick: Die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise, die Regulierungen in der Finanzindustrie erreichen in besonderem Mass auch Zürich. Sie könnten die Laufende Rechnung der Stadt mittelfristig bei den Steuererträgen und besonders bei den sozialen Ausgaben vorübergehend stärker belasten. Ökonomen warnen vor Gefahren im Immobilien- und Hypothekarmarkt. Die Kosten des Betreuungswesens stellen bezüglich Finanzierung hohe Anforderungen. Die erhebliche Zunahme des Fremdkapitals und der Nettoschulden muss kritisch beurteilt werden. Die RPK erwartet mit grossem Interesse die ersten Ergebnisse des Leistungsüberprüfungsprogramms 17/0 vom Stadtrat. Auf der anderen Seite können wir durchaus die Planungsgenauigkeit des Stadtrats auf der Einnahme- und der Investitionsebene positiv hervorheben.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4044–4050)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es ist nicht einfach, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen knapp negativen Abschluss zu erzielen. Grund dafür ist unter anderem tatsächlich die von der Stadtverwaltung grundsätzlich angestrebte Budgetdisziplin. Aber auch die hohen Steuereinnahmen haben zum Ergebnis beigetragen. Zu den Abweichungen beim Personalaufwand: Wir bemühen uns sehr um eine präzise Budgetierung, doch Abweichungen kommen vor. Einen grossen Teil machen die nicht besetzten Stellen aus. Hier verstehe ich die Kritik der RPK nicht. Es wird bekanntlich immer gefordert, die Stellen zurückhaltend zu besetzen. Beim Freien Kredit muss ich auf den der RPK bekannten Bezirksratsentscheid von 2010 verweisen. Zur Aus- und Weiterbildung: Dieser Bereich wurde tat-

3 / 11

sächlich nicht ausgeschöpft. Es ist schwierig, die genauen Ursachen festzustellen. Die Arbeitsbelastung des städtischen Personals ist generell hoch. Im Zweifelsfall wird eine angestrebte Weiterbildung gestrichen. Zum Darlehen Kongresshausstiftung: Wir werden in Kürze eine Strategie vorlegen und das Parlament wird miteinbezogen werden. Zum Ausblick: Die Steuereinnahmen sind wieder gestiegen, werden aber tendenziell stagnieren. Deshalb läuft bei uns die Leistungsüberprüfung. Wir sind gewillt, bis 2017 das Eigenkapital zu erhalten. Es gibt Unsicherheiten, die teilweise in den Fraktionserklärungen angedeutet wurden. Wir müssen auch mit weiteren Kostenblöcken rechnen. In den nächsten Jahren müssen wir genau darauf achten, dass das Ergebnis stimmt und dass Ausgaben und Einnahmen in einem Verhältnis stehen, das uns erlaubt, dass wir finanzpolitisch autonom bleiben und nicht einem Bilanzfehlbetrag entgegensteuern.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Die RPK hat nicht kritisiert, dass die Stellen nicht besetzt wurden. Es handelte sich lediglich um eine Feststellung, welche Gründe zum besseren Ergebnis geführt haben.

Eintreten ist unbestritten.

Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Viele Argumente wurden bereits genannt. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der Rechnung zugestimmt werden sollte.

Roger Liebi (SVP): Es handelt sich hier um das fünfte Defizit in Folge. Mein grösster Kritikpunkt ist die Schuldenentwicklung. Im Jahr 2002 betragen die Nettoschulden 1,8 Milliarden Franken, im Jahr 2012 waren es bereits 4,1 Milliarden Franken. Natürlich steht der Bürger in der Pflicht, wenn man das Defizit decken müsste. Die SP und die Grünen haben Steuererhöhungen verlangt. Von 2002 bis 2012 hatten wir eine Teuerung von 5,5 Prozent. Gleichzeitig hatten wir eine Personalaufwandssteigerung von 41,7 %, eine Sachaufwandsteigerung von 31 %, eine Steuerertragssteigerung von 2,6 % und eine Stellensteigerung von über 3000 Stellen. Auf der Steuerseite tat sich vergleichsweise wenig, auf der Abgaben- und Gebühreenseite und insbesondere der Ausgaben-seite sehr viel. Vor allem war alles deutlich über der Teuerungsentwicklung. Wir müssen jedes Jahr mehr Geld aufnehmen, um unsere Investitionen zu decken. Wenn wir mehr Geld aufnehmen müssen, als wir haben, müssen wir zusätzlich Schulden machen. Das geht nicht weiter so. Falls das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) kommt, wird es auf die operativen Ausgaben ankommen. Dann können wir nicht mehr einfach Reserven auflösen. Die Schuldenentwicklung hat viele andere Gemeinwesen und Staaten zerstört. Langfristig ist nicht die Jahresrechnung schlimm, sondern die Schuldenentwicklung. Zum Freien Kredit. Der Beschluss des Bezirksrats bedeutet, dass wir in der RPK keine Details aus unseren Beratungen herausgeben dürfen. Wenn ich sehe, welche

Posten im Freien Kredit enthalten sind und dass sich der Stadtrat nicht getraut, diese zu zeigen, muss man künftig den Freien Kredit tatsächlich ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Der Hauptteil der Schuldenerhöhung beruht auf den neuen Regelungen des Kantons betreffend der Beurteilung der Spitäler, die zu höheren Zinszahlungen an den Kanton führen. Zum Thema Aus- und Weiterbildung: Ich hoffe, dass mit der neuen HR-Strategie auch in den Dienstabteilungen des Gesundheitsdepartements und in den Spitälern Weiterbildungen absolviert werden. Diese sind wichtig für die Personalentwicklung. Ein dritter Punkt: Samuel Dubno (GLP) sagte, die Pauschalkürzungen in der Gesamtverwaltung seien ein probates Mittel, das künftig noch mutiger genutzt werden sollte. Pauschalkürzungen auf dem Konto der Gesamtverwaltung haben gemäss Stadtrat aber keinen Einfluss auf die Budgetgenauigkeit und auf das Kostenbewusstsein der einzelnen Institutionen. Von daher könnten wir uns die Übungen mit den Pauschalkürzungen ersparen.

Rebekka Wyler (SP): Roger Liebi (SVP) unterstellte uns, wir hätten Steuererhöhungen gefordert. Das stimmt nicht. Wir äusserten uns zu Steuergeschenken. Im Kantonsrat wird ein Steuergeschenk nach dem andern ermöglicht, so etwa die Unternehmenssteuerreform. Dem öffentlichen Gemeinwesen werden gezielt Gelder entzogen. Hier geht es nicht um die Interessen des Volks, sondern um die einer kleinen Minderheit von Besitzenden, die profitieren kann. Das lehnen wir ab.

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht nicht darum, dass Steuergeschenke gemacht werden. Es geht allenfalls darum, dass die Steuern weniger hoch ausfallen. Das hat mit Investitionsmöglichkeiten im Raum Zürich zu tun. Wenn Zürich nicht mehr attraktiv ist, werden auch keine Investitionen mehr getätigt. Zum Punkt mit den Ausgaben: Die kumulierten Ausgaben, die steigen, sind irgendwann der Grund, dass man entweder Steuern erhöhen oder sich mehr verschulden muss. In einem gesunden Haushalt wollen wir weder das eine noch das andere.

Christine Seidler (SP): Weder Banken noch KMU bezahlen in der Stadt Steuern. Doch wer hier Geschäfte macht, wohnt und von der Infrastruktur profitiert, sollte auch seinen Beitrag zahlen. In Zürich-West haben grosse Immobilienfirmen wie die Allreal oder die Mobimo grossen Profit gemacht, zahlen aber in Zürich keine Steuern. Auch Leute, die in diese Wohnungen ziehen – es handelt sich um Zweitwohnungen – zahlen hier keine Steuern. Es geht um Gerechtigkeit: Wer von der Stadt profitiert, soll auch einen finanziellen Beitrag leisten. Wenn immer von Renditemaximierung und Wachstum gesprochen wird, müssen wir auch Einnahmen generieren. Wenn wir wachsen, wächst die Infrastruktur und die Verwaltung mit. Für Infrastruktur brauchen wir Steuergelder.

Roger Liebi (SVP): Die Banken – mit wenigen Ausnahmen – zahlen durchaus Steuern. Die Banken haben Wachstum generiert. Wer nichts von finanzpolitischen Fragen versteht, sollte nicht darüber sprechen.

Severin Pflüger (FDP): Ein KMU zahlt in der Stadt eine Gewinnsteuer von 21,76 %. Jedes Unternehmen und jede Briefkastenfirma zahlt diese Gewinnsteuer. Dazu gehören auch Immobilienfirmen. Sie bezahlen darüber hinaus auch eine Grundstückgewinnsteuer. Der Unterschied ist aber folgender: Wer eine Allreal-Aktie hat und in einer Allreal-Wohnung wohnt, bezahlt eine Marktmiete. Das, was auf dieser Miete Gewinn ist, erhält der Mieter als Dividende ausbezahlt. Wer in einer ABZ-Wohnung wohnt und Genossenschafter ist, bezahlt eine Kostenmiete. Der Gewinn ist in der folglich niedrigeren Miete bereits berücksichtigt. Der Allreal-Mieter mit der Allreal-Aktie bezahlt zweimal Steuern: Gewinnsteuer und Einkommenssteuern mit seiner Dividende. Der ABZ-Genossenschafter hingegen bezahlt weder die eine noch die andere Steuer.

Christoph Spiess (SD): Zum Freien Kredit: Es gibt gewisse Verwaltungstätigkeiten, die mit Blick auf den Persönlichkeitsschutz von Betroffenen geheim gehalten werden müssen. Das leuchtet ein. Tatsache ist aber, dass nicht nur die RPK, sondern alle Ratsmitglieder die Rechnung abnehmen müssen. Wir haben alle das gleiche Recht wie die RPK, über die Verwendung des Freien Kredits Auskunft zu erhalten. Sonst müssen wir über etwas entscheiden, bei dem wir nicht wissen, worum es sich handelt. Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich der Stadtrat für die Geheimhaltung? Man müsste dies eventuell einmal durch den Bezirksrat überprüfen lassen. Der Stadtrat sollte entweder offenlegen, wofür er das Geld verwendet hat, oder uns plausibel machen, warum er keine Auskunft geben kann.

Niklaus Scherr (AL): Zum Votum von Severin Pflüger (FDP): Man kann gesellschaftlichen Reichtum auf verschiedene Arten verteilen. Es gibt zwei Sorten von Eigentümern: Genossenschafter, die eine kollektive Dividende aus ihrem Investment ziehen, und private Eigentümer, die auf andere Art Gewinn erzielen und von Steuervorteilen profitieren. Die Genossenschafter werden hier aber als Bande von Schmarotzern hingestellt. Dagegen wehre ich mich in aller Form. Weitere Punkte: Im Krisenjahr 2007 senkte man die Steuern. Darauf müsste man vielleicht heute wieder zurückkommen. Es wird immer davon gesprochen, man müsse Gebühren senken. Ein Vorschlag wäre, Gebühren zu senken und Steuern zu erhöhen – ein Nullsummenspiel. Wir verschulden uns nicht mehr, sondern zapfen nur überflüssige Reserven an. Zur Nettoschuld: Sie ist im Jahr 2008 um 1,5 Milliarden Franken gestiegen. Wir haben buchhalterisch alle Wohnsiedlungen vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen verschoben. Das hat zur Folge, dass jede neu gebaute Wohnsiedlung die Nettoschuld erhöht. Doch diese Siedlungen werden durch kostendeckende Mieten komplett refinanziert. Es gibt so zwei Arten von Verwaltungsvermögen. Siedlungen, die etwas einbringen, und Bauten, wie Schulhäuser, die nur Aufwand bringen. Dies ist aber aus der Nettoschuldenrechnung nicht ersichtlich.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wenn die Linke solche Berichte verbreitet, wie wir sie soeben gehört haben, fällt das bei denen, die finanzpolitisch nicht so gewieft sind, auf fruchtbaren Boden. Das ist gefährlich. Die Rechnung kommt auf Samtpfoten daher. Man kann argumentieren, das Defizit sei nicht so gross und es gebe gute Gründe dafür. Doch die Struktur der Rechnung und die Richtung, in die wir gehen, ist schlimm. Wohin das führt, war in den Krisenländern in Europa zu sehen. Zürich kann höchstens Kredite aufnehmen. Diese werden aber immer teurer. Die Finanzierung von heute wird nicht so

6 / 11

günstig bleiben. Hier sollten wir uns nichts vormachen.

Min Li Marti (SP): Zu den Banken: Es ist nicht so, dass die Banken keine Steuern zahlen. Es sind die Grossbanken, die keine Steuern zahlen. Diese zahlen nicht keine Steuern aufgrund von zu vielen sozialistischen Regulierungen, sondern eher wegen des grösstenteils selbstverschuldeten Debakels. Severin Pflüger (FDP) hat aufgerechnet, wer wie viele Steuern zahlt. Wenn es nach der FDP ginge, müsste die Allreal wohl auch keine Grundstückgewinnsteuer bezahlen. Die Unternehmenssteuern sind in den letzten zwanzig Jahren zudem nicht gestiegen, sondern sukzessive gesunken. Unser Einnahmeproblem hat sehr viel damit zu tun.

Severin Pflüger (FDP): Auch wir sind selbstverständlich dafür, dass alle Steuern bezahlen, auch die Unternehmen. Zur Kapitalgewinnsteuer: Zu berücksichtigen wären kapitalintensive Unternehmen und nicht kapitalintensive Unternehmen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die damit zusammenhängenden Auswirkungen bei der Kapitalgewinnsteuer beziehungsweise deren Anrechnung. Zum Vergleich ABZ und Allreal: Ich wollte die ABZ nicht angreifen. Wenn man keinen Gewinn machen will und darum keine Steuern bezahlt, ist das in Ordnung. Doch es wurden weitere Firmen erwähnt, die keine Steuern bezahlen würden. Diese Aussagen stimmen so nicht. Es ist korrekt, dass die Allreal die Dividendenzahlung aus Kapitalanlagereserven machen konnte im 2011, auf die keine Steuern bezahlt werden mussten. Meiner Meinung nach ist der Skandal dort, wo früher Kapitalrückzahlungen besteuert wurden. Dadurch entstand eine mehrfache Besteuerung desselben Geldes.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend:	Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Es geht um die Rechnung der Asyl-Organisation Zürich (AOZ). Sowohl die RPK als auch die GPK haben das Geschäft ausführlich behandelt und viele Fragen gestellt und Antworten erhalten. Die Mehrheit der RPK bittet um Zustimmung zur Rechnung der AOZ.

7 / 11

Dr. Daniel Regli (SVP): Es geht hier um viel Geld. Die AOZ, eine öffentlich-rechtliche Anstalt, setzt pro Jahr 107 Millionen Franken um: 58 Millionen Franken für städtische Aufgaben, 49 Millionen für andere. Das Sozialdepartement überweist pro Jahr 19 Millionen Franken für städtische Leistungen an die AOZ. Wofür werden diese hohen Beträge eingesetzt? Seit dem Defizit im Jahr 2011 wurden kritische Fragen zur Geschäftsführung der AOZ gestellt. Die Antworten erleuchteten die Lage nicht vollständig. Wie ist das mit den Projekten, die defizitär waren? Wie viel gibt die AOZ wofür aus? Weder aus den Produktgruppen im Rechnungsbuch noch aus dem Jahresbericht erhalten wir genügend Informationen. Uns liegt keine Erfolgsrechnung vor. Wir haben zu sieben Themenbereichen Fragen eingereicht, die sich alle mit Kosten beschäftigten. Wie sind die Personalkosten von 32 Millionen Franken auf die 279 Stellen verteilt? Wie viel kostete der psychosoziale Dienst im Jahr 2012 und wie setzt sich der Betrag zusammen? Wir haben auch Fragen zu weiteren Projekten gestellt, ob sie defizitär sind, und wenn ja, wie lange schon. Wir haben nach zehn Tagen vom Stadtrat die Antwort erhalten, dass die Antwortfrist hier zu kurz war. Die Fragen würden teilweise auch deutlich über den Rahmen der sich üblicherweise im Zusammenhang mit der Jahresrechnung stellenden Fragen hinausgehen. Es wird ausgeführt, man habe in der GPK bereits über diese Fragen und Zahlen gesprochen. Im GPK-Protokoll fand ich jedoch keine Zahlen zum Geschäftsbetrieb. Wir haben in der RPK entschieden, dass wir die Frist verlängern. Gemäss Verordnung der AOZ hat der Gemeinderat die Oberaufsicht. In der Kantonsverfassung steht, dass Gemeinden garantieren müssen, dass sie ihren Finanzhaushalt gemäss Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit führen und dass sich Budget und Rechnung nach den Grundsätzen der Transparenz und Öffentlichkeit richten. Schon allein aus diesem Grund muss die Rechnung abgelehnt werden.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung des Geschäfts siehe Sitzung Nr. 178, Beschluss-Nr. 4043/2013).

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 177 vom 19.06.2013, Beschluss-Nr. 4043/2013).

Dispositivziffer 2

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): *Mit der Stimmenthaltung will die FDP ihre Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck bringen, dass im Ablauf der parlamentarischen Kontrolle zweimal über die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) gesprochen wird – einmal bei der Rechnung im Sinn einer summarischen Abnahme und ein zweites Mal beim Geschäftsbericht, der über die Geschäftsprüfungskommission (GPK) läuft. Diese Situation muss verbessert werden; es wäre sinnvoll, einen Geschäftsbericht, der sowohl die Rechnung beinhaltet als auch die Geschäfte beurteilt, zu haben. Weiter haben wir festgestellt, dass die AOZ*

zunehmend Projekte ausführt, die mit der Stadt nichts zu tun haben. Es kann nicht angehen, dass die Stadt für Verluste von Risikoprojekten geradestehen muss. Auch die Art und Weise der internen Kontrolle wirft bei uns Fragen auf.

Roger Liebi (SVP): *Unsere Ablehnung ist auch dadurch begründet, dass die AOZ mittlerweile möglichst überall Fuss fassen will, um Geld zu verdienen. So fischt sie etwa im Aargau Aufträge, und auch das Bundesasylzentrum steht in diesem Zusammenhang. Dies geht klar aus dem Anhang des Geschäftsberichts hervor, wo es heisst, dass bei Druck auf die Asylindustrie bzw. bei einer Diskreditierung derselben Finanzierungsprobleme auftreten würden. Die AOZ darf grundsätzlich schon Risiken eingehen, aber nur, sofern die Stadt am Ende keine Defizite decken muss. Für den Aufsichtsrat der AOZ stelle ich mich übrigens gern zur Verfügung.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
Enthaltung:	Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
Abwesend:	Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 25 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsmehrheit:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) beantragt Zustimmung zur Rechnung 2012 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG).*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
Enthaltung:	Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend:	Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 99 gegen 0 Stimmen zu.

9 / 11

Dispositivziffer 4

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK beantragt, die Rechnung 2012 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien zu genehmigen.

Roger Liebi (SVP): Laut Definition hat eine kinderreiche Familie zwischen drei und sieben Kindern. Die durchschnittliche Anzahl Kinder pro Wohnung beträgt aber nur gerade 3,75, und dies, obwohl mittlerweile alle Wohnungen besetzt sind. Das bedeutet, dass einige Familien kein Kind oder höchstens zwei haben. Somit ist der Stiftungszweck nicht erfüllt; es werden Familien unterstützt, die den Anforderungen nicht entsprechen. Deshalb können wir der Rechnung nicht zustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Rebekka Wyler (SP): Ein Schnitt von 3,75 kann sehr wohl entstehen, wenn Familien zwischen drei und vier Kinder haben. Sobald eine Familie mehr als vierköpfig ist, hat sie es schwer, eine Wohnung zu finden. Die Stiftung hat ihren Zweck keineswegs verloren.

Walter Angst (AL): Das Immobilienportfeuille dieser Stiftung ist geprägt von Alt- und einzelnen Neubauten. Darunter hat es kleine Wohnungen sowie Einzelzimmer für erwachsene Kinder, die ebenfalls als Wohnung gelten, aber logischerweise nicht mit fünf Personen belegt werden können. Im Rahmen der Erneuerung werden zwar grössere Wohnungen gebaut, doch dieser Prozess dauert. Bei einem jährlichen Abstellen auf die Durchschnittszahl kann man nicht viel Bewegung feststellen. Der Liegenschaftsbestand erneuert sich eben nur schrittweise.

Elisabeth Makwana-Boss (SP): In den Statuten heisst es, dass eine Familie drei Kinder haben muss, um in eine Stiftungswohnung ziehen zu können. Weiter heisst es, dass die Familie nach Auszug eines erwachsenen Kindes bleiben darf. Später muss die Familie für die Unterbelegung zahlen und sich nach einer anderen Wohnung umschauchen, allerdings wird ihr dafür etwa ein Jahr Zeit eingeräumt.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend:	Christine Seidler (SP)
Ausstand:	Karin Rykart Sutter (Grüne)

10 / 11

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen zu.

Dispositivziffer 5

Kommissionsmehrheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK bittet um Kenntnisnahme der Rechnung 2012 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): Angesichts des viel ausführlicheren Geschäftsberichts kann die SVP dieses Jahr auch zustimmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
Abwesend: Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Verwaltungsrechnung 2012 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2012 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 231 642.40 wird – gestützt auf Art. 6 Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
3. Die Rechnung 2012 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2012 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird genehmigt.
5. Die Rechnung 2012 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 26. Juni 2013 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

11 / 11

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat